



Das letzte der Mülheimer Bürgerbegehren?

Chronologie zu Tiefschlägen, Unfairness und Bürgermißachtung bei einem ungeliebten Bürgerbegehrens

10.7.03: Der Rat der Stadt beschließt mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und Grünen das "Strategieprojekt Ruhrbania" und beauftragt die Verwaltung, einen städtebaulichen Wettbewerb in Form eines kooperativen Gutachterverfahrens vorzubereiten.

4.11.03: Planungsausschuss: Ein Wettbewerb zur Flaniermeile Ruhrstr. als Herzstück von Ruhrbania für 170.000 Euro wird von SPDFDPGrünen beschlossen. Die CDU stimmte nicht mit, weil ihr angemeldeter Beratungsbedarf ignoriert wurde. Zitat Niehoff (Grüne): "Wozu braucht ihr noch Beratung, die Mehrheit stimmt doch sowieso dafür!"

27.11.: **Raketenstart des Bürgerbegehrens mit 2000 Unterschriften am Wochenende auf dem Adventsmarkt.**

4.12.: **Der Rat der Stadt weigert sich dennoch, über den MBI-Antrag für eine aufschiebende Wirkung auch nur abzustimmen, weil angeblich "kein Eilbedarf" besteht. 10 Tage später wurde der Wettbewerb begonnen, gegen den sich das Begehren richtet! OB Mühlenfeld überreicht zur Ratsitzung eine schriftliche Presseerklärung: Darin wird den Initiatoren, insbesondere der MBI vorgeworfen, Demagogie zu betreiben und das demokratische Element des Bürgerbegehrens zu mißbrauchen. Andererseits bestätigt sie, dass die Verwaltung das Begehren nach Prüfung für zulässig hält. Gleichzeitig sollen Postkarten für Ruhrbania verteilt werden. Doch die ersten 40.000 Exemplare müssen wegen Druckfehler wieder eingestampft werden**

7.12.: **„Pro Mülheim“ und MBI durften weder am Nikolausmarkt in Saarn, noch im Forum beim „Markt der guten Taten“ Unterschriften sammeln. Dennoch: Bereits 3000 Unterschriften in 1 Woche**

10.12.: **den Mitarbeitern im Rathaus wird verboten, Unterschriften zu sammeln, obwohl diese durch den für Ruhrbania geplanten Rathauabriss und die "Reise nach Jerusalem" massiv betroffen sind. Auch dürfen weder in der Bürgeragentur, noch an anderer städt. oder von Stadt subventionierter Stelle Listen ausgelegt werden.**

15.12.: **Nach 2 Wochen sind bereits 4000 von 6800 notwendigen Unterschriften zusammen. Ungeachtet dessen findet das Symposium als Start zum Architektenwettbewerb statt. Nun setzt das Rathaus zum Gegenschlag an: Stadtdirektor Steinfurt verkündet am 15.12., dass das Bürgerbegehren unzulässig sei. PRESSEERKLÄRUNG der BI "Pro Mülheim" dazu: Bürgerbegehren gegen Ruhrbania geht weiter trotz der unzulässigen Einmischung!**

Zum Jahresende: Die Zeitungen erklären das Bürgerbegehren im Jahresrückblick für tot, die WAZ druckt nicht einmal eine Annonce mit Neujahrsgrüßen und -wünschen zum Gelingen des Bürgerbegehrens. Zu Jahresbeginn sind fast 6000 Unterschriften beisammen

8.1.: **In Stil einer Einheitspartei stimmen SPD, CDU, FDP und Grüne den am 4.12. verschobenen Antrag zum Anhalten des Wettbewerbs von der Tagesordnung als Zeichen der Mißachtung**

20.1.: **Neujahrsempfang der SPD: D.M. wörtlich: "Ohne Ruhrbania sind wir nicht zukunftsfähig" und den Kritikern wirft sie vor, sie seien "Scharfrichter und Alles-Besserwisser" (WAZ) bzw. „Manche Kritik kommt mir allzu kleinkariert daher, allzu selbstgefällig, allzu um ihrer selbst willen. Gelungene Kritik ist immer auch das Bemühen um einen Dialog.“ Es klingt wie Hohn, wenn Frau Mühlenfeld dann noch "Dialog, Offenheit, Teilhabe aller" einfordert, um "einen Impuls für eine Renaissance eines sichtbar auf Werte, Moral und Grundsatzpositionen verpflichtetes Handeln zu geben."**

Jan.: mehr als stiefmütterliche Behandlung des Bürgerbegehrens durch die Medien, dazu schlechtes Wetter und Verwirrung sowie Einschüchterung etlicher Mülheimer/innen verlangsamten die Unterschriftensammlung zusehends. Deshalb

29.1.: Eröffnung des permanenten Unterschriftenstandes mit Holzhütte auf der Schlossstr. (Kosten an die Stadt ca. 80 EURO) und die Unterschriftensammlung beschleunigt sich wieder deutlich

4.2.: 7369 Unterschriften werden erkennbar ungültige nicht



fristgerecht eingereicht, mitgezählt!

12.2.: Bürgerbegehren als TOP Ankündigung im Hauptdie Auszählung der obigen ende (d.h. bis zum

der Ratsitzung am 26.2. und ausschuss auf MBI-Anfrage hin, Unterschriften sei zum Wochenende (13.2.) fertig

13.2.: Ex-OB Specht und BI-über 680 Unterschriften ein

schreiben der 3 Initiatoren des Bürgerbegehrens an OB Mühlenfeld, Ihnen unmittelbar nach Überprüfung die aus Verwaltungssicht ungültigen Unterschriften zu verschaffen, um schnell evtl. Nachbesserungen durchführen zu können.

Sprecher Kalka reichen weitere sowie einAufforderungs-

20.2.: Inzwischen sind über 8500 Unterschriften eingereicht, doch die Verwaltung will außer den ersten 7400 keine weiteren prüfen

21.2.: Pünktlich zum Karnevalswochende verkündet die Stadt über Presse, dass von 8500 Unterschriften gegen RuhrWahnia nur 6588 gültig seien! Lediglich die ersten 7400 wurden geprüft und davon sollen ca. 850 ungültig sein! Schwer zu glauben.

*Helau! Wolle 'ma se'nachgucke lasse? - Tusch - Ruhrbanania Alaaf!
De' Zuch kütt an Rosi's Montag, doch die Mölm'sche Realität ist viel jecker!*

23.2.: (Rosenmontag): Antwortschreiben der OB an die Initiatoren mit der Bestätigung, dass Ihnen Akteneinsicht zu den Unterschriften zusteht.

25.2.: (Aschermittwoch): BI-Vertreter erhalten knapp 2 Stunden Einsicht in die Unterschriftenlisten, können ca. 20% auswerten und stellen fest, dass die Wertung als ungültig sehr restriktiv und kleinkariert pingelig erfolgt sind. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens müssen die Möglichkeit erhalten, nicht anerkannte Unterschriften zu heilen bis zur Ratsentscheidung. Wie soll das zwischen Karnevalssamstag mit Information nur(!) über Presse und dem Tag nach Aschermittwoch möglich sein? Fast 160 Unterschriften von angeblich 844 ungültigen müssten nachgebessert werden! An einem Tag sicher nicht zu schaffen.

OB Mühlenfeld versagt der Vertreterin des Bürgerbegehrens das Rederecht im Rat mit den Worten: "Ich betrachte die Frage als abschließend rechtlich geklärt." Die einstweilige Verfügung dagegen beim Verwaltungsgericht wurde abgelehnt, auch weil alleine der Rat das zu entscheiden hat und der wurde nicht gefragt!

26.2.: Ratsitzung ab 16 Uhr, öffentlich, Tagesordnungspunkt 4 lautet: „Bürgerbegehren gegen den Archtiktenwettbewerb Ruhrpromenade - Stadt ans Wasser, hier: Entscheidung des Rates über die Zulässigkeit“. Ohne dass auch nur eine/r von ihnen ein Wort zu Ruhrbania und Bürgerbegehren sagt, stimmen SPD, CDU, FDP bei grüner Enthaltung gegen eine Vertagung und für die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens. Nicht einmal der Gnadenakt, der Antrag auf Erlass der 80 Euro Standgebühr für die Holzhütte auf der Schlossstr., war zu erreichen.

Über 8500 Unterschriften in dieser ungünstigen Jahreszeit und trotz der massiven Behinderungen und Schikanen sind kein Pappenstein, sondern ein sehr deutlicher Beweis, dass die Mülheimer Bevölkerung die geplante Ruhrmeile nicht will!